

Tagung »Modelle der lokalen Bürger/innenbeteiligung«

## Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsplanung beteiligen

*Die leeren öffentlichen Kassen lassen den politischen Handlungsspielraum der Kommunen weiter schrumpfen, die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wächst. Dieser Druck erzwingt jedoch gleichzeitig die Suche nach neuen Wegen, die kommunale Politik und Verwaltung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Im Rahmen der diesjährigen Tagung »Modelle der lokalen Bürger/innenbeteiligung« in Loccum berichtete einer der Initiatoren des Hamburger Bürger-Dialogs von den Erfahrungen mit der Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung.*

**W**ir wollen die Bürgerinnen und Bürger heute fragen, was sie morgen wollen, damit die Politik dies in den nächsten Jahren schrittweise umsetzen kann«, begründet Rüdiger Kruse, der Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion für Haushalt & Nachhaltige Entwicklung, seine Initiative. »Es geht um die Frage: Was soll der Staat, was soll die Stadt Hamburg in der Zukunft für uns Bürger leisten und was wollen wir lieber selbst organisieren?«

Im Juni 2005 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig, die Bürgerinnen und Bürger an der Hamburger Haushaltsplanung zu beteiligen. Ziel dieser Initiative war es, die Bürgerinnen und Bürger nach ihren Einstellungen und Meinungen zu befragen, konkrete Einsparungsvorschläge zu entwickeln und eine breite Diskussion zur Hamburger Haushaltslage zu initiieren. Im Frühjahr 2006 wurde der internetgestützte Dialog zur Haushaltsplanung durchgeführt.

Die Freie und Hansestadt Hamburg befindet sich – wie die meisten deutschen Städte und Kommunen – in einer angespannten finanziellen Situation. Gegenwärtig müssen jedes Jahr etwa 1 Mrd. Euro an Zinsen für laufende Kredite aufgebracht werden. Nur etwa 10 Prozent

der Ausgaben können kurzfristig verändert werden, 90 Prozent sind mittel- bis langfristig festgelegt: knapp die Hälfte für Personalkosten, der Rest für Mieten, langfristige Verpflichtungen, gesetzliche Leistungen. Um Gestaltungsspielraum für eine grundsätzliche Neuorientierung des Haushalts zu erreichen, muss deshalb mittel- bis langfristig auch der festgelegte Teil des Haushalts verändert werden.

Vor diesem Hintergrund wurden die Hamburgerinnen und Hamburger befragt, welche Leistungen sie zukünftig – Zeitperspektive war das Jahr 2016 – vom Staat erwarten und welche sie für verzichtbar halten. Es wurde ein Internetforum mit einem Diskussionsbereich auf der Grundlage des DEMOS-Beteiligungsverfahrens geschaffen (siehe S. 3).

Um das Thema greifbarer und die Auswirkungen konkreter zu machen, enthielt die Plattform zusätzlich einen interaktiven Haushaltsplaner, der den Hamburger Haushalt in seinen Details im Internet abbildete. Anhand der Haushaltsdaten des Jahres 2005 konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigene »Buchungen« vornehmen und die verschiedenen Etats reduzieren oder erhöhen. Die individuellen Haushalte gingen dann in eine Gesamtauswertung ein.

»Der virtuelle Haushaltsplaner war der Clou des Projektes. Jeder Bürger konnte sehr einfach seinen eigenen Haushalt aufstellen, die  
(Fortsetzung auf Seite 2)



Rüdiger Kruse, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg und Initiator des Hamburger Dialogs

Foto: ...

(Fortsetzung von Seite 1)

## Bürger und ...

gegenwärtigen Ausgaben durch einen Schieberegler erhöhen oder reduzieren«, berichtet Rüdiger Kruse. Dabei gab es aber eine Bedingung: der individuelle Haushalt musste ausgeglichen sein. Keiner durfte Schulden machen, das individuelle Plus auf der einen Seite musste durch ein Minus auf der anderen Seite ausgeglichen werden.

»Das überwältigende war, dass die Teilnehmer/innen des Internetdialogs weniger Geld ausgegeben haben als zur Verfügung stand«, sagt Rüdiger Kruse, »die meisten Bürger haben einen Haushalt aufgestellt, der ca. 5 Prozent weniger Ausgaben vorsieht als der heutige.«

Von Einsparungen besonders betroffen waren die Finanzbehörde, der Bereich »Bauordnung und Hochbau« und das Landesamt für Verfassungsschutz. Für eine Aufstockung des Etats sprachen sich die Teilnehmer/innen in den Bereichen Schule und Kindertagesbetreuung aus. Auch der Wissenschaft wurde ein größeres Budget zugestanden.

Die Bürger/innen erarbeiteten zudem insgesamt 38 Vorschläge detaillierter aus. Dabei ging es um konkrete Einsparpotentiale (z.B. Reduzierung oder Streichung von Subventionen), Maßnahmen zur Schaffung von Mehreinnahmen (z.B. Einführung einer City-Maut) und langfristige investitionsbasierte Verbesserungsstrategien (z.B. alternative Hafenerweiterungsstrategie).

Inzwischen sind diese Vorschläge zusammen mit dem Bericht zum Hamburger Bürger-Dialog in die Hamburger Bürgerschaft und in den Haushaltsausschuss eingebracht worden.

*Nähere Informationen zum Hamburger Bürger-Dialog finden sich bei Lührs, Rolf/ Hohberg, Birgit: »Was wollen wir uns leisten?« In: Beteiligungsprojekte im Internet. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis, Verlag Stiftung MITARBEIT 2006; die Publikation erscheint im Dezember 2006*

*Die Thesenpapiere und Dokumentationen zu den Referaten und Methodenwerkstätten der Tagung in Loccum können unter [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de) heruntergeladen werden. Die nächste Fachtagung »Modelle und Methoden« der Bürger/innenbeteiligung findet vom 21.–23. September 2007 in Loccum statt.*

## Neuerscheinung

# Bürger machen Haushalt

*Die Idee des Bürgerhaushalts ist durch die brasilianische Stadt Porto Alegre Ende der 80er Jahre bekannt geworden. Die Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung wurde dort unter den Bedingungen großer Sparzwänge eingeführt. Das Verfahren wurde vielerorts kopiert und hat auch in Deutschland Nachahmer gefunden. In einer neuen Publikation vergleicht Erhard O. Müller verschiedene Bürgerhaushalts-Modelle, beschreibt grundlegende Bestandteile eines Bürgerhaushaltsverfahrens und präsentiert einen »Baukasten«, mit dessen Hilfe sich die Elemente und Module eines Bürgerhaushaltsverfahrens zusammenstellen lassen, die für die jeweilige Situation vor Ort geeignet sind.*

**B**eim Bürgerhaushalt wird ein Teil des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufgestellt. Die Bürgerschaft, die Verwaltung und die gewählten Gremien sind dabei durch ein kooperatives Verfahren miteinander verbunden.

Die Arbeitshilfe erläutert den Ablauf des Verfahrens und die notwendigen Rahmenbedingungen. Beim Vergleich der Bürgerhaushalts-Modelle von Porto Alegre, Cordoba/ Spanien, Salford/Großbritannien, von Nürtingen und Berlin arbeitet der Autor die jeweiligen »Grundmodelle« heraus und leitet daraus die Grundelemente eines Bürgerhaushaltsverfahrens ab.

Kernstück der Arbeitshilfe ist der »Baukasten Bürgerhaushalt«, der vielfältige Praxisvorschläge für die konkrete Durchführung eines Bürgerhaushaltsverfahrens versam-

melt. Das reicht von Methoden für die Auswahl der Teilnehmer/innen, über die Priorisierung der Bürgerwahlen (Wie werden die ermittelten Bürgervoten aufbereitet?) und die Einbringung in die parlamentarische Ebene bis zur Umsetzungskontrolle (Wie wird gewährleistet, dass die Beschlüsse umgesetzt werden?). Der Autor geht außerdem auf zusätzlich integrierbare Methoden der Bürgerbeteiligung ein, mit denen z.B. weniger artikulationsgewohnte Bürgergruppen erreicht werden können.

*Müller, Erhard O.: Bürger machen Haushalt. Leitfaden für die Gestaltung eines Bürgerhaushalts in Städten und Gemeinden. Arbeitshilfe Nr. 35, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2006, 72 S., ISBN 3-928053-92-2, € 6,-, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle, das Internet ([www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)) oder den Buchhandel.*

## Mitarbeit am Nationalen Integrationsplan

Das Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger/innen, das die Stiftung MITARBEIT gemeinsam mit der Körber-Stiftung koordiniert, wird seine Erfahrungen und Sachkompetenz in Integrationsfragen in den Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung einfließen lassen. Ergun Can arbeitet als Vertreter des Netzwerkes in der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung koordinierten Arbeitsgruppe »Integration vor Ort« mit.

»Integration eignet sich nicht für parteipolitisches Gezänk – hier sind wir dem Bundestag einen Schritt voraus. Als türkeistämmige Mitglieder in deutschen Parlamenten haben wir von der PDS bis zur CSU integrationspolitischen Sach-

verstand gebündelt.« Burak Copur, grüner Stadtrat aus Essen, fasst das Selbstverständnis des Netzwerkes programmatisch zusammen. In seinem parteiübergreifenden Positionspapier zur Integrationspolitik plädiert das Netzwerk für Integration durch Sprache und Bildung, mehr Aus- und Weiterbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund, politische und ökonomische Teilhabe von Migranten, eine humane Flüchtlingspolitik, ein Antidiskriminierungsgesetz und die Integration des Islam.

*Download des Positionspapiers unter [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de), weitere Informationen bei Marc Herbeck ([herbeck@mitarbeit.de](mailto:herbeck@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle.*

## Organisierter Diskurs im Web

*Moderierte Internetdiskussionen sind eine Form der E-Partizipation, die sich vor allem im Bereich der Bürgerbeteiligung immer mehr etabliert. Hamburg beispielsweise veranstaltete Ende 2005 einen solchen Online-Diskurs zum Thema »Familienfreundlicher Wohnort Hamburg«, München zum Thema »Kinder- und Familienstadt München«. Die Ergebnisse zeigen, dass solche Internetdiskussionen ein gutes Instrument sein können, um die Bürger/innen an Gestaltungsprozessen konstruktiv zu beteiligen. Die Diskussionen in Hamburg und München wurden nach dem DEMOS-Verfahren durchgeführt.*

**D**EMOS (»Delphi Mediation Online System«) steht für ein internetgestütztes Beteiligungsverfahren, das zeitlich in der Regel auf wenige Wochen begrenzt und ergebnisorientiert ausgelegt ist. Inhaltlich ist das Verfahren meist auf einen Themenbereich beschränkt, erfahrene Moderator/innen begleiten den Diskussionsverlauf. Bis zu tausend aktive Teilnehmer/innen können sich beteiligen.

DEMOS wurde im Rahmen eines europäischen Forschungsprojektes unter Leitung der TU-Harburg/TuTech Innovation GmbH entwickelt,

die Städte Hamburg und Bologna waren als Pilotnutzer eingebunden.

Der DEMOS-Prozess unterstützt die drei Diskussionsphasen

1. Eröffnung/Brainstorming und Erschließung der wichtigsten thematischen Aspekte,
2. Vertiefung der Diskussion in einzelnen Foren und Entwicklung von Problemlösungsstrategien,
3. Konsolidierung/ Zusammenfassung der Debatte.

Die Software-Technologie und das Verfahren sind so aufeinander abgestimmt, dass die Nutzer/innen jederzeit den Diskussionsverlauf überbli-

cken können. Dabei werden qualitative und quantitative Auswertungsmethoden eingesetzt, um die Komplexität einer lebhaften Diskussion zu reduzieren.

Meinungen und Expertise der Teilnehmer/innen werden systematisch ausgewertet, die Auswertungsergebnisse werden den Teilnehmenden in Form von Zusammenfassungen, Umfrage- oder Abstimmungsergebnissen präsentiert. Mit Hilfe von Wikis – das sind Websites, die editierbar sind – können die Teilnehmer/innen außerdem Problemlösungsvorschläge gemeinsam weiterentwickeln. Für die Auswertung sowie die Wahrung der Diskussionsregeln sind die Moderatoren verantwortlich. Sie sorgen mit Hilfe von Mediationstechniken dafür, dass Konflikte konstruktiv ausgetragen werden können.

*Literatur: Lührs, Rolf/ Hohberg, Birgit: familiendiskurse.de. In: Beteiligungsprojekte im Internet. Erfahrungen und Anregungen aus der Praxis, Verlag Stiftung MITARBEIT 2006; die Publikation erscheint Ende des Jahres 2006.*

## Integrationsprobleme in China

*In China gibt es erste Ansätze, die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen stärker an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Stiftung MITARBEIT unterstützt diese zivilgesellschaftliche Entwicklung und moderiert die erste öffentliche Zukunftskonferenz in China.*

**B**ei der Zukunftskonferenz, die im August 2006 in Peking durchgeführt wurde, kamen 64 Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zusammen, um Maßnahmen für eine bessere Integration ländlicher Wanderarbeiter in das städtische Leben zu erarbeiten. Unter dem Motto »Das Leben in Peking – gleiche Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten für »alte« und »neue« Bürger« stellten sich die Teilnehmenden den Herausforderungen, vor denen die chinesische Hauptstadt durch die Zuwanderung aus den ländlichen Regionen Chinas steht. An dem zweieinhalbtägigen Dialog beteiligten sich Regierungsorganisationen und -organe, gemeinnützige Organisationen sowie Anwälte, Sozialarbeiter, inof-

fizielle Vertreter der Wanderarbeiter, die Betroffenen selbst und Bürger aus vier Pekinger Distrikten (Dongcheng, Haidian, Chaoyang, Shinghan).

Grundidee der Methode Zukunftskonferenz ist es, Angehörige unterschiedlicher Interessengruppen für zwei bis drei Tage zusammenzubringen, um zu einem Thema die Herausforderungen der Gegenwart zu analysieren, eine gemeinsam getragene Vision zu entwickeln und Maßnahmenpläne zu ihrer Umsetzung zu erarbeiten.

Organisiert wurde die Zukunftskonferenz von den lokalen, nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) »Citizen« und »Promotion Association for Public Education on a Healthy Environment«. Beide Orga-

nisationen setzen sich für die Lebenssituation der Migranten in den benachteiligten Randgebieten Pekings ein und arbeiten dabei mit verschiedenen Regierungsstellen in Peking zusammen. Das Projekt wird von der »Chinese Association for NGO Cooperation« (CANGO) und der »American Bar Association« (A.B.A.) getragen und vom »U.S.-China Legal Cooperation Fund« finanziert.

Wesentliche Ergebnisse der Konferenz waren Projektideen zum Thema Gesundheit, Lebensumfeldverbesserung, Bildung für Migrantenkinder, Verbesserung der Rechtssicherheit und Veränderung bei der Registrierung der Wanderarbeiter. Zu den Themen wurden Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Umsetzung der Ideen vorantreiben. Zudem haben sich regionale Komitees gebildet, die die Umsetzung in den beteiligten Kommunen begleiten sollen.

*Näheres zu den Ergebnissen der Konferenz erhalten Sie über Ludwig Weitz, den Moderator der Konferenz (weitz@mitarbeit.de).*



Neuaufgabe

## Projekte überzeugend präsentieren

*Es reicht nicht, von einer guten Sache selbst überzeugt zu sein. Sie muss der Öffentlichkeit, potentiellen Unterstützern und Förderern auch überzeugend vermittelt werden. Seit Jahren gehören die Seminare zur Projektpräsentation zu den Methodenseminaren der Stiftung MITARBEIT, die von Initiativen und Projekten stark nachgefragt werden. Die inhaltlichen Grundlagen des Seminars liegen als Neuaufgabe jetzt auch wieder in Form einer Arbeitshilfe vor.*

**G**ute Ideen müssen von anderen gehört und wahrgenommen werden, damit sie ihre Wirkung entfalten und sich im Wettstreit der Ideen durchsetzen. Wer in der Lage ist, sein Anliegen klar, glaubwürdig und einprägsam zu vermitteln, kann andere zum Mithelfen und Mitmachen anregen.

Die Arbeitshilfe von Klaus Steinke beschreibt, wie Präsentationen zielgerichtet vorbereitet, klar gegliedert, lebendig gestaltet, richtig eingeübt und wirkungsvoll in freier Rede vorgetragen werden. Der Autor arbeitet als Kom-

munikationstrainer und Coach für Unternehmen und Organisationen. Als Geschäftsführer eines Trainernetzwerkes unterrichtet er Rhetorik und Präsentationstraining an Fachhochschulen und Universitäten.

»Wenn ihre Zuhörer/innen Sie nicht verstanden haben, sind stets Sie schuld, nie die Zuhörer/innen«. Diesen Grundsatz sollten Redner/innen bei einer Präsentation beherzigen. Klaus Steinke erklärt, welche Vorüberlegungen

wichtig sind, damit es gelingt, das Publikum zu überzeugen, zu informieren und zu erfreuen: Was will



## Streitschlichtungskongress 2006

Die Zahl der Streitschlichtungsprojekte in Schulen steigt stetig weiter an. In allen Bundesländern, in allen Schulformen gibt es inzwischen solche Projekte. Dabei ist die Praxis der Streitschlichtungsmodelle vielfältig. So sind die einen inzwischen etabliert und arbeiten seit Jahren mit Erfolg, während andere mit Akzeptanzproblemen kämpfen und auf relativ wenig Resonanz bei Schüler/innen treffen. Zunehmend rückt die Mediation von Konflikten in und zwischen Gruppen in den Mittelpunkt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich der Streitschlichtungskongress 2006 (8.–10. Dezember 2006 in Bensberg nahe Köln) u.a. die Frage, welche Elemente zu einer erfolgreichen Implementierung der Projekte in die Schulkultur benötigt werden und wie Schüler/innen und Lehrer/innen in der Mediation von Konflikten in Gruppen quali-

fiziert werden können. Der Kongress richtet sich an Schulmediator/innen, an Lehrkräfte, an Sozialarbeiter/innen und -pädagog/innen, die Streitschlichtungsprojekte in Schulen begleiten und betreuen, an Trainer/innen und Multiplikator/innen und alle Interessierten.

In der Open-Space-Phase des Kongresses ist jede und jeder potentiell Inputgeber/in und Teilnehmer/in. Alle Themen, die sie bewegen, können die Teilnehmer/innen zum Thema einer Arbeitsgruppe machen.

Beim Streitschlichtungskongress kooperiert die Stiftung MITARBEIT mit dem *Bund für soziale Verteidigung*, dem *Bildungswerk Umbruch* und der *Thomas-Morus-Akademie Bensberg*.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz ([weitz@mitarbeit.de](mailto:weitz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle oder unter [www.streitschlichtungskongress.de](http://www.streitschlichtungskongress.de)



ich mit meiner Präsentation erreichen, was sind meine Ziele, wen will ich überzeugen und was möchte ich vermitteln?

Erfolg und Misserfolg einer Präsentation hängen ganz wesentlich von der richtigen Vorbereitung ab. Die Arbeitshilfe zeigt, woran dabei zu denken ist und wie die Visualisierung gezielt eingesetzt wird. Klaus Steinke gibt Hinweise zum richtigen Umgang mit Lampenfieber und Empfehlungen für das Verhalten beim Blackout. Auch mögliche Klippen bei einer Diskussionsrunde und der Umgang mit schwierigen Gesprächssituationen werden thematisiert.

Das Buch schließt mit Tipps zur Eigenpräsentation, einem Kriterienbogen für Präsentationen sowie einer Literaturliste für Trainingsbücher und Audioprogramme.

Steinke, Klaus (mit Illustrationen von Tobias Bartel): *Projekte überzeugend präsentieren. So vermitteln Sie Ihr Anliegen klar und einprägsam. Arbeitshilfen Nr. 25, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2006, 80 S., ISBN 3-928053-76-0, € 6,-; zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle, das Internet ([www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)) oder den Buchhandel.*

## Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
D-53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Marc Herbeck · Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg (BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.